

A8NEU 8. DEMOKRATIE UND BÜRGERBETEILIGUNG – NAH AM MENSCHEN

Gremium:	Wahlkampfteam
Beschlussdatum:	31.08.2020
Tagesordnungspunkt:	5. Wahlprogramm
Status:	Modifiziert

Text

1 Eine lebendige Demokratie beschränkt sich nicht nur auf das Wahlrecht. Zwischen
2 den Wahlen müssen die Bürger*innen die Möglichkeit haben, sich aktiv an den
3 politischen Prozessen zu beteiligen. Wir GRÜNE nehmen diesen Auftrag ernst und
4 setzen uns weiterhin für Bürgerversammlungen in allen Stadtteilen sowie für
5 frühzeitige Transparenz und Beteiligung der Bürger*innen bei allen
6 Planungsprozessen ein.

7 Wir sehen uns als ständigen Ansprechpartner für alle Vereine, Initiativen und
8 Unternehmen. Bei Problemen oder Handlungsbedarf stehen wir jederzeit für
9 Gespräche bereit. Wir GRÜNE gestalten unsere Arbeit durch eine transparente und
10 breite Informationspolitik. Dazu zählen Informationen über unsere Homepage und
11 weitere digitale Medien, sowie ein regelmäßig stattfindender offener Stammtisch
12 und Sprechstunden für alle (Einzelpersonen, Vereine, Bürgerinitiativen), die an
13 unserer Arbeit interessiert sind.

- 14 • Die Bürger*innen müssen frühzeitig bei wichtigen Vorhaben informiert
15 werden und über Arbeitsgruppen und einen transparenten Beteiligungsprozess
16 mitsprechen dürfen.
- 17 • Wir möchten durch transparente Verfahren die Bürgernähe stärken. Daher
18 streben wir die Veröffentlichung von Beschlüssen, Anträgen und Gutachten
19 im Internet an. Der Zugang muss barrierefrei gestaltet werden. Da
20 insbesondere viele ältere Menschen keinen Internetzugang besitzen, darf
21 die Veröffentlichung im Internet nicht zu Lasten analoger Verfahren gehen.
- 22 • Die Interessen der jungen Menschen in unserer Stadt müssen viel stärker
23 berücksichtigt werden. Daher ist der Erhalt und die weitere Stärkung des
24 Jugendbeirats nötig. Im gleichen Maße müssen aber auch die Interessen
25 unserer älteren Mitbürger*innen einbezogen werden und über einen neu
26 einzurichtenden Seniorenbeirat berücksichtigt werden.
- 27 • Alle Menschen, die dauerhaft in unserer Stadt leben und die mit Ihrem
28 Engagement des Bad Homburger Leben bereichern, sollten auch die
29 Möglichkeit bekommen, sich an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Daher
30 wollen wir mehr Rechte für den Ausländerbeirat, sowie ein kommunales
31 Wahlrecht auch für Nicht EU-Bürger*innen.
- 32 • Jugendliche unter 18 Jahren müssen sich durch Beteiligungsformate stärker
33 einbringen können. Dies dient im gleichen Zuge auch der politischen
34 Bildung und der Förderung des demokratischen Gedankenguts. Schulklassen
35 sollen die Möglichkeit bekommen, die Arbeit der

36 Stadtverordnetenversammlung mithilfe von Info-Materialien und der
37 Teilnahme an einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung kennenzulernen.

- 38 • Basierend auf dem hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz
39 von 2018 soll eine Informationsfreiheitssatzung entwickelt und etabliert
40 werden, in der der Zugang der Bürger*innen zu Information über die
41 Aktivitäten der Stadt Bad Homburg geregelt ist.